

# Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Druckanstalt  
Tageblatt Riefa.  
Bernow Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Riefa 1430.  
Stempel:  
Riefa Nr. 22.

Nr. 41.

Freitag, 17. Februar 1933, abends.

86. Jahr.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (8 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verlegerungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Viersetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

## Deutsche Abrechnung mit dem französischen Plan in Gent. Milderung von Härten in der Sozialversicherung beschlossen.

### Zustufungsfragen in Gent.

In Gent. Der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz hat gestern die Frage der Zustufungen gemäß dem englischen Arbeitsprogramm behandelt. Die englische Delegation hat die Einsetzung eines Ausschusses, dem die wichtigsten Luftfahrtmächte angehören sollen, vorgeschlagen. Der Ausschuss soll die Möglichkeiten der vollständigen Abschaffung der Militärluftfahrt und des Luftbombardements in Verbindung mit einer wirksamen internationalen Kontrolle der Zivilluftfahrt prüfen.

Botschafter Nabolins schlug vor, der Hauptauschuß solle vorerst entscheiden:

1. ob die völlige Abschaffung der Militär- und Marine-Luftfahrt, verbunden mit einer internationalen wirkungsvollen Kontrolle der Zivilluftfahrt, durchgeführt werden soll, und
2. ob das Luftbombardement in uneingeschränkter Weise verboten werden soll.

Der deutsche Vertreter begründete kurz seinen Antrag, der der Stellung, die Deutschland von Anfang an auf der Abrüstungskonferenz eingenommen hat, entspricht.

Im Laufe der Aussprache, in der die Vertreter der Vereinigten Staaten und Canadas erneut betonten, daß ihre Länder sich an einer Internationalisierung der Zivilluftfahrt nicht beteiligen würden, schloß sich der Vertreter Frankreichs grundsätzlich der Auffassung Nabolins an. Er betonte allerdings, daß Frankreich die Abschaffung der Militärluftfahrt nur unter der Bedingung zugeben könne, daß die Zivilluftfahrt international kontrolliert und eine internationale Aufsichtsmacht geschaffen würde.

Auf Vorschlag des Präsidenten Deudesson wurde ein aus zahlreichen Staaten, darunter Deutschland, bestehender Ausschuss eingesetzt, dem die englischen und deutschen Vorschläge und die französischen Anregungen überwiesen worden sind. Der Ausschuss hat den Auftrag, seine Arbeiten in spätestens 14 Tagen abzuschließen.

### Rede Nabolins über die Effektivität.

In Gent. Im weiteren Verlaufe seiner gestrigen Beratungen behandelte der Hauptauschuß der Abrüstungskonferenz die Frage der Effektivität.

Der deutsche Botschafter Nabolins erklärte, der französische Plan der Vereinheitlichung der Wehrsysteme sei außerordentlich interessant. Deutschland befinde sich allerdings angesichts dieses Planes in einer etwas eigenartigen Lage. 1919 sei es gezwungen worden, ein von außen vorgefertigtes Wehrsystem zu übernehmen. Dabei habe es sich um die Umwandlung eines Heeres mit kurzer Dienstzeit in ein solches mit langer Dienstzeit gehandelt. Nach kaum 14 Jahren werde von Deutschland jetzt wieder der Ueberweg vom langdienenden zum kurzdienenden Heere verlangt. Die Frage liege nahe, ob diesmal eine Gewähr dafür vorhanden sei, daß sich das von Frankreich gewünschte Wehrsystem als ideale und für alle Zeiten richtige Lösung erweisen werde. Es werde in dem französischen Plan ein Unterschied gemacht zwischen den Heerestypen mit offenkundigem und solchen mit defensivem Charakter.

Der französische Vorschlag richte sich in erster Linie gegen die Beibehaltung von Einheiten aus langdienenden Soldaten der Landesverteidigung. Armeen von Berufs-soldaten gäbe es auf dem europäischen Kontinent nur bei den durch die Friedensverträge entlassenen Mächten.

Man kann sich daher, so sagte Botschafter Nabolins, des Eindruckes nicht erwehren, daß der Vorschlag mit der Vereinheitlichung dieser Einheiten auch die Beilegung dessen zum Ziele hat, was uns vor 14 Jahren mit dem angesprochenen Zweck der Abrüstung anferlegt worden ist. Wir sind weit davon entfernt, ein reines Berufsheer als Ideal und für die deutschen Verhältnisse passend anzusehen. Man wird begreifen, daß es nicht ohne weiteres möglich ist, die mühsame Ausbanarbeit von 14 Jahren lediglich deshalb zu zerbrechen, weil die Ansichten über die dieser Wehrorganisation innewohnenden Eigenschaften sich an manchen Stellen gewandelt haben. Bevor die deutsche Regierung zu der Frage des Einheitstyps Stellung nehmen kann, ist es darum notwendig, genau zu wissen, was denn letzten Endes an die Stelle des zu zerlegenden Organismus gesetzt werden soll. Der französische Vorschlag spricht sich nur in großen Zügen über das neue Wehrsystem aus. Ich muß daher erklären, daß für uns eine endgültige Entscheidung erst möglich ist, wenn uns die Einzelheiten der geplanten Organisation bekannt sind und auch eine Entscheidung über das Maß der Abschaffung des aggressiven Materials vorliegt.

Das vorgeschlagene System, so sagte der Botschafter weiter, solle Heere schaffen, deren Stärke ohne Zweifel in ihren ausgebildeten Reserven ruhe. In welcher Weise solle hierbei der Tatsache Rechnung getragen werden, daß in den 14 Jahren nach dem Kriege die Staaten, die über Heere mit allgemeiner Dienstpflicht verfügten, sich Hunderttausende von ausgebildeten Reserven verschafft hätten, denen die Staaten mit Berufsheeren nicht Entsprechendes entgegenzusetzen könnten? Wenn nach dem französischen Plan alle euro-

## Sozialpolitische Notverordnung voraussichtlich morgen.

Berlin. (Funkpruch.) Ueber den Zeitpunkt der Veröffentlichung der in der gestrigen Kabinettsitzung verabschiedeten neuen sozialpolitischen Verordnung kann von amtlicher Seite keine Auskunft gegeben werden, bevor nicht die Unterschrift des Reichspräsidenten vollzogen ist. Wahrscheinlich wird die Veröffentlichung im Laufe des Monats abends erfolgen.

Die Beratungen des Reichskabinetts am Donnerstag dauerten bis in die späten Abendstunden; sie galten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft, und zwar Zollfragen und Maßnahmen zur Stützung des Getreidemarktes. Weiter wurden die sozialpolitischen Widerungen besprochen. Die Beratungen über die Aufhebung der Rentenfürzungen sind abgeschlossen. Die Aufhebung dieser Kürzungen wird für Ende der Woche erwartet.

### Die amtliche Mitteilung.

\* Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinetts beschloß heute (Donnerstag) nachmittags mehrere Stunden mit einer Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Fragen. Verabschiedet wurden die Vorlagen über die Milderung von Härten in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung. Ferner beschloß sich das Kabinetts mit einer Vorlage über Forderungen für landwirtschaftliche Positionen, sowie mit Vordrucken zur Regelung der Kapalanbaufläche, der Unterstützung von landwirtschaftlichen Wohnhäusern und der Förderung der Verwendung von inländischem Rufe. Schließlich wurde der Entwurf einer Verordnung zur Förderung der Getreidebewegung und das neue Stillhalteabkommen erörtert.

### Zur Verordnung über die Aufhebung der Rentenfürzungen.

\* Berlin. Zu den in der Kabinettsitzung am Donnerstag nachmittags verabschiedeten Vorlagen für die Mil-

derung von Härten in der Sozialversicherung und der Reichsversorgung ist ergänzend zu melden, daß die Beschlüsse des Kabinetts veröffentlicht werden sollen, nachdem der Reichspräsident die entsprechende Notverordnung gebilligt hat; mit dem Erlaß dieser Verordnung ist für Sonnabend zu rechnen. Durch diese Verordnung soll die Notverordnung vom 14. Juni 1932 abgeändert werden, und zwar in erster Linie die Bestimmungen über die sog. Ruhevorschriften für die Fälle, in denen bis zum Juni v. J. Renten aus der Invalidenversicherung und der Kriegsbekindigtenfürsorge gewährt worden waren. Bekanntlich bestimmte die Juni-Verordnung dann, daß unter gewissen Voraussetzungen bei Doppelempfängern eine der beiden Renten zu ruhen habe. Dadurch entfielen Härten, die jetzt beseitigt werden sollen. Das finanzielle Ausmaß dieser Härtenmilderung beträgt, wie Berliner Blätter berichten, für die Reichskasse etwa 24 Mill. Mark im Jahr.

Wie die Kreuztg. zu berichten weiß, sollen die Vorschriften über die Anrechnung der Renten aus der Reichsversorgung und der Beamtenrenten auf Leistungen aus der sozialen Versicherung dahin geändert werden, daß mindestens ein Drittel der Leistungen aus Invaliden- und Angehörigenversicherung beziehungsweise Knappschaftsversicherung zahlbar bleiben. Von diesen Leistungen darf höchstens ein Betrag von monatlich 50 RM gekürzt werden. Die Mehrkosten sollen den Trägern der Invalidenversicherung vom Reich erstattet werden. Für Kinderzulagen und Witwenrenten wird die Altersgrenze um ein Jahr vom 15. auf das 16. Lebensjahr erhöht. Im Verwaltungsweg sollen Unterhaltungen zur Erhaltung der Eigenheim bei solchen Kriegsbeschädigten und Kriegserhinterbliebenen, die eine Kapitalabfindung erhalten haben, angeordnet werden. Weiterhin sollen die Zulagenbestimmungen für Witwen und die Bestimmungen über Zuschüsse an versorgungsberechtigte Offiziere geändert werden. Schließlich ist, wie das Blatt weiter mitteilt, die Gewährung einmaliger Unterstützung für hinführende Kriegervaisen, sowie für Kriegsbeschädigte und Witwen, die keine Witwenrenten erhalten, in Aussicht genommen.

Neben werden zum Teil als Reichsaufgabe oder örtlich durch Landfunk verbreitet werden. Die Führer der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot sind sich dabei der Tatsache voll bewußt, daß in einer Zeiturchbarer Not Solidarität in Propagandaformen der Lage Deutschlands entspricht. Der Gedanke der überparteilichen Zusammenfassung aller anbaunwilligen deutschen Volkskräfte soll entscheidend für Deutschland werden."

### Maßnahmen des Kabinetts zur Pflege des Getreidemarktes.

Berlin. (Funkpruch.) In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurden neue Vorschläge des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Hugenberg für die Pflege des Getreidemarktes angenommen. Danach sollen vor allem neue anfallende Abnahmemaßnahmen für Getreide jeder Art, — abgesehen von Ausnahmehaare — vom Markt fern gehalten werden. Hiernach wird, möglichen auch im ganzen beträchtliche Getreidemengen vom Reich aufgenommen werden, in der öffentlichen Hand Getreide nur im Rahmen einer von jedem Standpunkt aus vertretbaren nationalen Reserve magaziniert bleiben.

Die verstärkte Preispflege des Getreidemarktes wird sich, nicht wie bisher auf Weizen und Roggen, sondern auch auf Hafer erstrecken.

Am einzelnen handelt es sich besonders um Maßnahmen zur Förderung der Verwendung von Roggen in Verbindung mit Kartoffelflocken bei der Schweinemast und von cohnertem Weizen an Hühner. Zur Förderung der Ausfuhr von Mälerei-Erzeugnissen aus Weizen und Roggen wird das Anfahrtscheinssystem wieder eingeführt. Darüber hinaus sind besondere Ausfuhrmöglichkeiten, vornehmlich für Hafer, erschlossen worden. Die für die Durchführung noch erforderliche Klärung der Einzelheiten ist sofort eingeleitet worden, so daß in aller Kürze mit einem Wirksamwerden der Maßnahmen zu rechnen ist.

### Brodersen politischer Ueberwacher im Rundfunk

Wie wir erfahren, ist der nationalsozialistische Schriftsteller und Berliner Vertreter des „Niederdeutschen Beobachters“, Peter Christian Brodersen, bei der Reichsrundfunkgesellschaft mit der Ueberwachung des politischen Teiles gemeinsam mit Walter Beumelburg betraut worden.

päischen Staaten in Zukunft Heere mit kurzer Dienstzeit haben sollten, so gehe daraus konsequenterweise hervor, daß der ungewohrene Unterschied, den die Staaten mit allgemeiner Wehrpflicht in ihren 14 Reservistenjahrgängen besitzen, in irgend einer Form berücksichtigt werde. Ueberdies, die in naher Verbindung zum Mutterlande stünden, oder von denen gar Teile in nicht zu unterschätzender Stärke im Mutterlande selbst stationiert seien, mühten selbstverständlich den Streitkräften des Mutterlandes zugerechnet werden.

Botschafter Nabolins sagte den deutschen allgemeinen Standpunkt dahin zusammen: Die deutsche Delegation ist bereit, die Frage im Effektivitätskomitee zu diskutieren. Sie behält sich ihre endgültige Stellungnahme vor, bis alle Einzelheiten bekannt sind.

### Der Empfang der Handwerkervertreter beim Reichskanzler.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichskanzler empfing heute vormittag im Beisein des Staatssekretärs in der Reichskanzlei und der Sachbearbeiter der Reichsleitung der NSDAP, das Präsidium des Reichsverbandes des Deutschen Handwerks.

Bei dieser Gelegenheit brachte der Reichskanzler seine vorbehaltlose Ueberzeugung von der entscheidenden Bedeutung des gewerblichen Mittelstandes für den Wiederaufbau von Wirtschaft und Volksgemeinschaft zum Ausdruck. Im Anschluß hieran sagte der Reichskanzler die Feststellung eines Vertrauensmannes der mittelständischen Wirtschaft an entscheidender Stelle und mit entsprechenden Vollmachten an.

### Kampffront Schwarz-Weiß-Rot hat ihre Arbeit aufgenommen.

\* Berlin. Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot teilt mit: Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot hat mit dem gestrigen Donnerstag ihre Arbeit aufgenommen. Das Hauptbüro befindet sich in Berlin NS. 7, Mittelstraße 15, Telefon Flora 7046, Postfachkonto Berlin 44100. In einer großartig aufgebauten Propagandaausstattung in Presse und Rundfunk, durch Anlagenapparate und Flugblätter wird das deutsche Volk für die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot zum 5. März aufgerufen werden. Die Reichsminister von Papen, Hugenberg und Franz Seidler werden in großen Kundgebungen in allen deutschen Gauen sprechen. Ihre